

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 20.01.2011 um 18.45 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat May (ohne Ziffern 3 B, 4, 5)
Stadträtin Richter (bis 20.40 Uhr, Ziffer 10)
Stadtrat Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser
Stadträtin Schwab

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadträtin Kahnt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp
Stadträtin Wachter (für Bgmin. Regan)

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bgm. Christof

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt (bis 20.55 Uhr, Ziffer 13)

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger
Stadtkämmerer Weber
Verwaltungsrat Hartner
Bauamtsleiter Janner
Verwaltungsamtsrat Teichmann
Stadtplaner Neumann

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Stadträtin Glos
Ortssprecherin Schlötter
Ortssprecher Pfrenzinger
Stadtrat Popp

Entschuldigt fehlten: Bürgermeisterin Regan

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Oberbürgermeister Müller darauf hin, dass der TOP 2 „Budgetüberträge“ aufgrund Klärungsbedarf nicht behandelt werde. Dies wird zur Kenntnis genommen.

1. Falterturm - Stadt Kitzingen:

hier: Umsetzung des Brandschutzkonzeptes

A. Nach einer kurzen Einleitung von Oberbürgermeister Müller geht Bauamtsleiter Janner ausführlich auf den Sachverhalt ein, stellt die zunächst geplanten aber kostenaufwendigen Provisorien dar, mit der eine weitere Nutzung ursprünglich angedacht, jedoch von den Fachleuten abgelehnt wurde, und verweist auf die gegenwärtige Kostenschätzung. Um dem Nutzungskonzept des FastnachtMuseums Rechnung tragen zu können (Führung von max. 30 Personen) werden weitere Schutzmaßnahmen notwendig, weshalb die Kostenschätzung im Beschlussentwurf von 250.000,00 € auf 325.000,00 € angehoben werden müsse. Die Gestaltung werde man mit dem Amt für Denkmalpflege abstimmen, mögliche Fördergeber in Form des Bezirks, der Sparkassenstiftung und der Denkmalpflege abfragen. Die Arbeiten werden eng mit dem Fastnachtmuseum abgestimmt.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass in diesem Zusammenhang der Bund Deutscher Karneval (BDK) auch in die Ausstellungsausstattung investieren möchte. Die Ziffer 5 des Beschlussentwurfs bittet er zu streichen, da die Auftragsvergaben auf den gewöhnlichen Weg ablaufen werden. Damit ist eine Projektdurchführung nach dem dankbar knappsten Zeitplan allerdings nicht mehr möglich, wie Bauamtsleiter Janner ergänzt.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt verweist auf die Wichtigkeit des Falterturms und die Unterbringung des FastnachtMuseums, weshalb die Stadt die enormen Investitionskosten aufbringen sollte. Er verweist auf einen Haushaltsausgaberest aus dem Jahr 2009 in Höhe von 200.000,00 € und fragt nach, ob dieser für die Deckung verwendet werden könne. Hinsichtlich möglicher Förderungen bittet er ebenfalls an Stadtumbau-West zu prüfen. Er bittet außerdem den BDK hinsichtlich einer Kostenbeteiligung zu kontaktieren, da die Mehrkosten dem Nutzungskonzept geschuldet seien. Abschließend ist er der Auffassung, dass während Natur in Kitzingen die Exponate in geeigneten Räumlichkeiten präsentiert werden sollten.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadt Moser verweist ebenfalls auf die Bedeutung des Falterturms als Wahrzeichen und ist der Auffassung, dass der Brandschutz dringend umgesetzt werden müsse. Hinsichtlich des Umfangs fragt er bedenklich nach, ob es technisch sinnvollere und günstigere Lösungen gebe, bzw. inwiefern die einzelnen Maßnahmen aufeinander abgestimmt seien. Darüber hinaus fragt er nach, bis wann der Falterturm maximal genutzt werden könnte, um zumindest das Gartenschaujahr 2011 überbrücken zu können.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass eine geplante Nutzung während des Jahres 2011, wozu die Verwaltung verschiedene Vorschläge zur Umsetzung gemacht hatte, durch alle Fachleute abgelehnt wurde.

Bauamtsleiter Janner ergänzt hinsichtlich der Planungen, dass als nächstes ein Fachplaner ein Konzept zur Umsetzung erstelle, woraus die tatsächlichen Maßnahmen ersichtlich werden.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul bezieht sich ebenfalls auf die Wichtigkeit des Falterturms und des Deutschen Fastnachtmuseums und ist der Auffassung, dass der Turm während der Natur in Kitzingen nicht als offensichtliche Baustelle erscheinen dürfe. Darüber hinaus bitte sie um Ausschöpfung aller Fördermöglichkeiten. Sie gibt zu Bedenken, ob das Nutzungskonzept auf 30 Personen abgezielt werden müsse. Ansonsten bittet sie um Zustimmung.

d) FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp verweist auf die Wichtigkeit des Falterturms als Wahrzeichen und als Fachtsnachtmuseum, weshalb die Umsetzung des Brandschutzkonzeptes als unabweisbar erscheint. Auch wenn die Mittel bei der Haushaltslage erheblich seien, sollte man es dringend angehen. Die Fördermöglichkeiten bittet sie zu eruieren. Abschließend bittet sie, dem Fastnachtmuseum ein Ausweichquartier anzubieten, um die Exponate während der Bauzeit einzulagern und ggf. präsentieren zu können.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof verweist auf die erheblichen Brandschutzforderungen und gibt bei ähnlichen Gebäulichkeiten in anderen Kommunen zu Bedenken, dass derartige Brandschutzvorkehrungen dort nicht zu finden seien.

Darüber hinaus gibt er zu Bedenken, dass die Umsetzung der Brandschutzmaßnahme auf Kosten der Atmosphäre im Falterturm gehe. Die Kosten werden seiner Auffassung nach nicht ausreichen und verweist dabei auch auf die zusätzlichen Aufwendungen für das Ausweichquartier. Die KIK wird nolens wollens zustimmen, bittet jedoch mit Blick auf den Haushalt zu prüfen, welche Maßnahmen verschoben bzw. gestrichen werden könnten und spricht dabei den Flugplatz an.

Bauamtsleiter Janner stellt dar, dass man sich vom Fachplaner Vorstellungen dergestalt erwarte, dass der Charme des Gebäudes Innen wie Außen erhalten bleibe.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt ist ebenfalls der Auffassung, dass die Brandschutzmängel beseitigt werden müssen und gibt ebenfalls die Mehraufwendungen aufgrund des Nutzungskonzeptes (max. 30 Personen) zu Bedenken. Sie möchte wissen, ob im Haushalt weitere Brandschutzmaßnahmen anstehen.

Bauamtsleiter Janner stellt dar, dass bei allen neuen Baumaßnahmen der Brandschutz mit erledigt werde und im Haushalt nur dann Mittel eingestellt werden, wo offensichtliche Mängel behoben werden müssen.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm verweist auf die Wichtigkeit des Fastnachtmuseum für die Stadt Kitzingen, weshalb die Brandschutzmaßnahmen vorgenommen werden sollte, um das Museum weiterhin in Kitzingen zu sichern.

C. Im Folgenden beraten die Stadträte kurz über die Vorlage, wobei die Frage nach der Verantwortung sowie des Bestandschutzes gestellt wird.

Bauamtsleiter Janner erklärt, dass für die Nutzung als Museum keine Genehmigung vorliege und deshalb auch die Stadt mit in der Verantwortung sei. Ein Bestandschutz

könne lediglich als Wachturm bestehen, jedoch nicht als Museum, da hierfür noch keine Genehmigung erteilt wurde.

Stadtkämmerer Weber gibt hinsichtlich der Förderung zu Bedenken, dass der Brandschutz kaum gefördert werde, sagt jedoch zu, die Möglichkeiten zu prüfen. Der dargestellte Haushaltsausgabereist bestand in 2009, wurde jedoch nicht in 2010 übertragen. Die Mittel in Höhe von 325.000,00 € stehen im Haushalt 2011 zur Verfügung.

D. Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen werden gemäß dem im Sachvortrag dargestellten Konzept in enger Abstimmung mit der Stiftung Deutsches Fastnachtmuseum umgesetzt.
3. Die Planung der Maßnahmen wird an geeignete Planer bzw. Fachplaner vergeben.
4. Der Stadtrat verpflichtet sich, die angemeldeten Mittel im Haushalt 2011 in Höhe von 325.000 € bereitzustellen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme schnellstmöglich anzugehen und umzusetzen.

2. Sozialstationen im Landkreis Kitzingen: Finanzierungsbeteiligung der Stadt Kitzingen

- A. Oberbürgermeister Müller geht kurz auf den Sachverhalt ein und stellt dar, dass man die Sozialstationen für die nächsten drei Jahre mit je einem Euro/Einwohner unterstützen sollte.
- Bürgermeister Christof ist der Auffassung, dass die Sozialstationen sehr gute Arbeit leisten, jedoch die Vergütung der Pflegekräfte zu wünschen übrig lasse. Aus diesem Grund spricht er sich für die Verdopplung des Zuschusses aus, unter der Voraussetzung, dass hiermit die Vergütung der Pflegekräfte verbessert werde.
- Oberbürgermeister Müller gibt zu Bedenken, dass die Stadt Kitzingen hierauf keinen Einfluss nehmen könne und bitte um Abstimmung des Verwaltungsvorschlages.

B. Mit 12 : 1 Stimmen

Die Stadt Kitzingen leistet für die Jahre 2011 bis 2013 einen Zuschuss in Höhe 1,00 €/Einwohner an die Sozialstationen.

Die entsprechenden Mittel in Höhe von 20.688 € werden im Haushalt 2011 (Hst. 4700.7000) bereitgestellt.

Die Einstellung der folgenden Jahre erfolgt aufgrund der aktuellen Einwohnerzahl.

3. Verkehrsplanung - Einrichtung eines Verkehrsrechners zur Optimierung der Ampelsteuerung im Stadtgebiet: hier: Vereinbarung mit dem Staatlichen Bauamt Würzburg

- A. Oberbürgermeister Müller verweist kurz auf den Sachvortrag und bittet um Zustimmung.
- Bürgermeister Christof ist der Auffassung, dass dem Planer ein Ziel an die Hand gegeben werden sollte, was die Stadt mit der Ampelführung erreichen möchte, nicht dass

nach der Planung durch die Firma das Ergebnis nicht zu Kitzingen passe. In der Vereinbarung mit dem Straßenbauamt sollte dies ebenfalls aufgenommen werden.

Stadtrat Moser ist ebenfalls der Auffassung, dass die Verkehrsströme in der Stadt nicht optimal seien und die Stadt sich ein Ziel der Ampelsteuerung geben sollte.

Bauamtsleiter Janner weist darauf hin, dass die Stadt den Fachplanern eine Zielrichtung mitgeben könnte, eine fachliche Bewertung obliege jedoch dem Experten. Man erwarte sich hiervon entsprechende Verbesserungen, die im Anschluss Zug um Zug – mit der Einen oder Anderen baulichen Änderungen - umgesetzt werden sollen. Er schlägt vor, das Ergebnis im Anschluss vom Büro Baier, das den Verkehrsentwicklungsplan für die Stadt Kitzingen erstelle, prüfen zu lassen, was man auf Anregung aus der Mitte des Stadtrates im Beschlussentwurf aufnimmt.

2. Bürgermeister Christof und Stadtrat Moser sind der Auffassung, dass die Prüfung des Verkehrsentwicklungsplans abgewartet werden sollte, bevor die Beauftragung des Verkehrsrechners erfolgt.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Defizite im Bereich der Ampelsteuerung in Kitzingen und, dass man bei einer entsprechenden Verschiebung in den nächsten 2 Jahren mit keiner Verbesserung zu rechnen brauche.

2. Bürgermeister Christof stellt den Antrag auf Verweis in die Fraktionen und Gruppen.

B. Mit 7 : 5 Stimmen

Mit dem Antrag besteht Einverständnis. Der Punkt wird in die Fraktionen und Gruppen verwiesen.

4. Verkehrsplanung - Einrichtung eines Verkehrsrechners zur Optimierung der Ampelsteuerung im Stadtgebiet:
hier: Beauftragung eines Fachingenieurs zur Planung der Anbindung der städtischen Anlagen an den Verkehrsrechner

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass dieser Punkt auch in die Fraktionen und Gruppen verwiesen wird.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

5. Stadtplanung - Stadtmöblierung:
hier: Vorstellung Rahmenkonzept Stadtmöblierung

A. Oberbürgermeister Müller verweist kurz auf die Vorstellung in der Sitzung am 09.12.2010 und bittet um Zustimmung. Die Förderung werde mit der Regierung von Unterfranken abgeklärt, die Zusage bestehe bereits lediglich die Höhe müsse noch geprüft werden.

Stadtrat Böhm gibt die Abfallkörbe zu Bedenken, seiner Auffassung nach wäre eine Ausführung, die man an die Laterne befestigen kann, sinnvoller.

Bauamtsleiter Janner verweist auf die Vorteile der Abfallkörbe und erklärt, dass die hängende Variante ebenfalls Nachteile bringen könne.

Stadträtin Richter gibt im Beschlussentwurf die Ermächtigung an den Oberbürgermeister zur Vergabe der Aufträge zu Bedenken und möchte vor der Entscheidung die Zuschussituation geklärt haben.

Stadtkämmerer Weber weist darauf hin, dass der Zuschussantrag erst nach Beschlussfassung durch den Stadtrat erfolgen könne.

B. Mit 7 : 6 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Das kleine Rahmenkonzept für die Stadtmöblierung in der Stadt Kitzingen wird in gestalterischer, finanzieller und zeitlicher Form, wie in der Sitzungsvorlage dargestellt, anerkannt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das vorgelegte Konzept der Stadtmöblierung rechtzeitig bis zur NIK 2011 in Höhe von max. 50.000 € brutto umzusetzen.
4. Die Finanzierung erfolgt über die Mittel der HH-Stelle 1.7911.9590, „Ausstattung der Innenstadt.“
5. Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Vergaben im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel zu tätigen.

6. Kanalnetz - Stadt Kitzingen;

hier: Vergabe für die Kanal-TV-Inspektion 2011 gemäß freihändiger Vergabe nach VOB/A

Mit 13 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag für die Kanal-TV-Inspektion 2011 wird auf der Grundlage des Angebotes vom 15.12.2010, an die Firma Barthel Umweltdienst, Maßbach-Poppenlauer, als wirtschaftlich günstigste Bieterin mit einer Auftragssumme in Höhe von 35.167,48 € inkl. 19 % MwSt. vergeben.
3. Im Entwurf des Haushaltsplanes 2011 sind bei HH-Stelle 0.7000.5151 Mittel in Höhe von 80.000 € vorgesehen. Zur Deckung der Ausgaben für diese Auftragsvergabe werden im Haushalt 2011 vorab 50.000 € bereitgestellt.
4. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, ein entsprechendes Auftragschreiben in Abhängigkeit zur Genehmigung des Haushaltsplans 2011 zu unterzeichnen.

7. Kanalnetz Stadt Kitzingen - Herstellung und Unterhalt der Kanalhausanschlüsse für 2011;

hier: Zuschlagserteilung für die Bauarbeiten gemäß Jahres-Leistungsverzeichnis

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Firma Rank Bauunternehmen GmbH, Kitzingen, erhält den Auftrag für die Herstellung und den Unterhalt der Kanalhausanschlüsse im Jahre 2011 mit einer Auftragssumme in Höhe von 107.150,10 € inkl. 19% MwSt., gemäß Angebot vom 2.12.2010.
3. Der Stadtrat verpflichtet sich zur Deckung der Ausgaben im Haushalt 2011, bei der Haushaltsstelle 1.7000.9563, Mittel in Höhe von 110.000 € bereitzustellen.
4. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, den Auftrag an die wirtschaftlich günstigste Bieterin zu erteilen.

8. Städtische Liegenschaften - Verkauf von Bauplätzen
hier: Familienrabatt

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat stimmt zu, weiter einen Rabatt für Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren beim Kauf von Bauplätzen aus dem Eigentum der Stadt Kitzingen ohne zeitliche Befristung zugewähren.
3. Es bleibt bei den bisher festgelegten Voraussetzungen für den Familienrabatt:
 - 3.1. In den Genuss des Rabatts kommen Familien, in denen zum Zeitpunkt der Beurkundung des notariellen Kaufvertrages oder innerhalb der Frist von 2 Jahren ab dem Zeitpunkt der Beurkundung mindestens ein Kind unter 18 Jahren vorhanden ist.
 - 3.2. Der Rabatt wird sofort vom Kaufpreis abgezogen.
 - 3.3. Familien gleichgestellt sind eheähnliche Gemeinschaften gleich welchen Geschlechts und Alleinerziehende
 - 3.4. Voraussetzung für die Gewährung des Familienrabattes ist die mindestens 5-jährige Eigennutzung des zu errichtenden Wohngebäudes.
 - 3.5. Bei einem Verstoß gegen auch nur eine der vorgenannten Regelungen ist der Rabattbetrag an die Stadt nachzuzahlen. Der Rabattbetrag wird künftig durch eine Sicherungshypothek im Grundbuch gesichert.
4. Die bisher eingeräumte Möglichkeit, Bauplätze mit einer langen, 10-jährigen Bebauungsfrist zu erwerben, wird weiter aufrecht erhalten. In diesem Fall wird jedoch kein Familienrabatt eingeräumt.

9. Anrufsammeltaxi (AST) - Stadt Kitzingen:
hier: Vertragsverlängerung inkl. Vergütungserhöhung

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht damit Einverständnis, dass in der Vertragsverlängerung ab 01.07.2011 zwischen dem Omnibusverkehr Franken GmbH (OVF) und dem Funk-Taxen e.V. Kitzingen die Vergütung in Höhe des Taxameters geregelt wird.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die entsprechenden Verträge abzuschließen.

10. Energiebeschaffung - Stadt Kitzingen:
hier: Gaslieferung für die Zeit vom 01.10.2010 bis 30.09.2011

- A. Oberbürgermeister Müller verweist auf den Sachvortrag und erkundigt sich nach Fragen.
 2. Bürgermeister Christof verweist auf eine Vereinbarung mit der LKW, wonach die Stadt stets die günstigsten Konditionen bekomme und gibt zu Bedenken, dass es sehr viele Anbieter gebe, die günstiger als die LKW seien und man sich deshalb auf dem Markt umsehen und die LKW mit diesen Preisen konfrontieren sollte. Darüber

hinaus müsse geklärt werden, ob der Oberbürgermeister ohne Ermächtigung durch den Stadtrat seine Stimme in der Gesellschafterversammlung abgeben könne. Oberbürgermeister Müller gibt zu Bedenken, dass die Angebote mancher Firmen lediglich Lockangebote seien und sich der Preis im Folgenden deutlich erhöhe. Die LKW liege mit den Gaspreisen im Mittelfeld.

B. Mit 11 : 2 Stimmen

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis damit, die Licht-, Kraft- und Wasserwerke Kitzingen GmbH den Auftrag zur Gaslieferung bis zum 30.09.2011 gemäß den Konditionen des Angebotes vom 08.11.2010 zu erteilen.

11. Stadtplanung - Stadtumbaugebiete:

hier: Erlass einer Satzung zur Sicherung von Durchführungsmaßnahmen des Stadtumbaus (Stadtumbausatzung nach § 171d BauGB)

- A. Stadtplaner Neumann geht ausführlich auf den Sachvortrag ein. Er verweist auf den Nutzen der Satzung, wonach in den genannten Gebieten die Stadt erst nach Erlass einer solchen Satzung ein Vorkaufsrecht habe und insofern in mögliche negative Entwicklungen eingreifen könne. Stadtrat Schmidt ist der Auffassung, dass diese Satzung nicht benötigt werde, da die Stadt bereits verschiedene Instrumente habe. Er gibt zu Bedenken, dass die Stadt die Mittel für den Erwerb nicht aufbringen könne und bezeichnet die Satzung als andere Form der Veränderungssperre, da alle dort geplanten Maßnahmen durch die Stadt genehmigt werden müsse. Bauamtsleiter Janner stellt dar, dass man mit der Satzung nichts unterbinden möchte, sondern bei Bedarf schützend eingreifen könne. Darüber hinaus handle es sich bei den Genehmigungen um kein förmliches Genehmigungsverfahren. Eine Genehmigung könne – je nach Umfang – formlos vom Bauamt erteilt werden. Stadtrat Moser stellt den Antrag, den Punkt in die Fraktionen und Gruppen zu verweisen, um im Stadtrat die Stellungnahme des Stadtentwicklungsreferenten zu hören.

B. Mit 13 : 0 Stimmen

Mit dem Antrag besteht Einverständnis. Der Punkt wird in die Fraktionen und Gruppen verwiesen.

12. Ausbau Friedrich-Ebert-Straße - Straßenbegleitgrün:

hier: Bepflanzungskonzepte

- A. Oberbürgermeister Müller verweist kurz auf den Sachvortrag und bittet dem Bepflanzungskonzept der Stadtgärtnerei zuzustimmen. Bürgermeister Christof möchte wissen, was aus dem Baumgutachten wurde und fragt nach der Anordnung der Bepflanzung, da seiner Auffassung nach der Stadtrat im Detail über das Konzept keinen Beschluss gefasst habe. Bauamtsleiter Janner stellt dar, dass sich die Bepflanzung auf den Bereich des Alten Friedhofes, des Taxistandes sowie im Bereich des Rosengartens beziehe. Darüber hinaus stellt er dar, dass der Stadtrat einen entsprechenden Beschluss gefasst habe. Hinsichtlich des Baumgutachtens stellt Oberbürgermeister Müller dar, dass dieses in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten wäre.

Stadträtin Wallrapp fragt nach, ob größere Bäume gepflanzt werden könnten, was Bauamtsleiter Janner im Grunde bejaht, dann aber mit Mehrkosten in diesem Bereich gerechnet werden müsse.

Stadtrat Moser möchte wissen, ob die Mittel im Haushalt enthalten sind.

Bauamtsleiter Janner erklärt, dass diese im Rahmen der Maßnahmen eingestellt waren und alles was darüber hinaus geht, entsprechend eingestellt werden müsste.

B. Mit 11 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat stimmt dem vorgelegten Entwurfskonzept für das Straßenbegleitgrün im Rahmen der Neuordnungsmaßnahmen „Friedrich-Ebert-Straße einschl. der Grünanlagen im Umfeld der Straßenkreuzung „Falterturm/Alter Friedhof/Rosengarten“ zu und beauftragt die Verwaltung mit der termingerechten Umsetzung.

C. 2. Bürgermeister Christof stellt den Antrag, die entsprechenden Beschlüsse, in denen die Umgestaltung des Platzes vor dem Alten Friedhof bzw. des Rosengartens beschlossen wurde, zu übermitteln

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

13. Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm "Stadtumbau West"; Kommunales Förderprogramm, Austausch von Fenstern, Obere Kirchgasse 9 und Obere Kirchgasse 20

Mit 12 : 0 Stimmen

Für den Austausch von Fenstern, Obere Kirchgasse 9 und Obere Kirchgasse 20, Bauherr: Immobilien Verwaltung Ingrid Fiebig wird ein Zuschuss in Höhe von insgesamt 1.691,00 € aus dem kommunalen Förderprogramm der Stadt Kitzingen gewährt.

14. Bauleitplanung - Bebauungsplan V99 "Biogasanlage Geisspitze" ; hier: Einleitungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich Geisspitze (39. Änderung) und Aufstellungsbeschluss zum Vorhaben- und Erschließungsplan V99.1 "Erweiterung Biogasanlage Geisspitze"

Mit 12 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat fasst gemäß § 2 Abs. 1 BauGB einen Einleitungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich der Biogasanlage Geisspitze (39. Änderung), wie in Lageplan 1 dargestellt.
Planungsziel ist die Erweiterung des Sondergebietes für Erneuerbare Energie nach Norden.
3. Der Stadtrat fasst gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V. mit § 12 BauGB einen Aufstellungsbeschluss für den Vorhaben- und Erschließungsplan V99.1 "Erweiterung Biogasanlage Geisspitze", wie in Lageplan 2 dargestellt.
Vordringliches Planungsziel ist die Erweiterung des Sondergebietes für Erneuerbare Energie nach Norden.

15. Informationen von Oberbürgermeister Müller
- Parkerlaubnis für die Stadtratssitzung am 27.01.2011
- Antrag der CSU auf Errichtung einer Friedwiese in Hohenfeld

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass aufgrund der Berufsbörse am 27.01. und 28.01.2011 den Stadträten Parkausweise zur Verfügung gestellt werden, so dass die Stadträte zur Sitzung in der Innenstadt parken dürfen.

Darüber hinaus verweist er auf den Antrag der CSU auf Errichtung einer Friedwiese in Hohenfeld, der im nächsten Turnus behandelt werden soll und gleichzeitig für alle Ortsteile gefasst werden sollte.
Dies wird zur Kenntnis genommen.

16. Anfrage von Stadtrat Moser
Änderungen Kreisverkehr E-Center

Stadtrat Moser erkundigt sich nach dem Sachstand zum Kreisverkehr und verweist auf ein Schreiben des Straßenbauamtes, wonach die Behelfsausfahrt für den Schwerverkehr nicht umgesetzt werden könne. Er spricht seinen Unmut dahingehend aus, da dies nicht dem Beschluss des Stadtrates entspreche und fragt nach, wie sich die Verwaltung dazu positioniere.

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Schriftverkehr mit dem Ergebnis, dass die Regierung von Unterfranken als Fördergeber das Straßenbauamt angewiesen habe, die Behelfsausfahrt zu streichen. Die Gestaltung des Kreisverkehrs erfolge nun dergestalt, dass dieser von den Schwerlastenfahrzeugen befahren werden könne. Sollte die Stadt an einer Umsetzung interessiert sein, müsse dies auf eigene Kosten erfolgen.

Stadtrat Schmidt äußert ebenfalls seinen Unmut und stellt dar, dass bei Vorliegen dieser Information der Beschluss anders ausgefallen wäre. Seiner Auffassung nach sollte man in Kenntnis dessen den Beschluss nochmals auf die Tagesordnung nehmen.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Verwaltung ebenfalls von der Mitteilung überrascht wurde und, dass man dies nochmals mit der Regierung von Unterfranken besprechen müsse.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21.00 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer